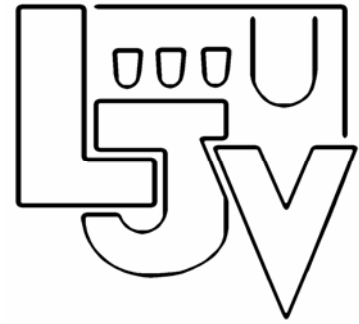


LANDESJUGENDFORUM 2010

ALS CITIZENS' JURY

VERANSTALTET VON DER LJV WESTFALEN
27.-30. DEZEMBER 2010



Ergebnisse des Landesjugendforums 2010 als Citizens' Jury

Vom 27. bis 30. Dezember 2010 tagte das erste Landesjugendforum als Citizens' Jury. Dabei waren die Jurorinnen und Juroren per Zufall ausgelost und zur Teilnahme eingeladen worden, um vier Tage lang überregionale Politikthemen zu beraten.

Die Landesjugendvertretung Westfalen (LJV) als Veranstalterin hat damit ihre Exploration neuer partizipativer Verfahren fortgesetzt. Bereits im Sommer 2009 führte sie die weltweit erste Citizens' Jury durch, die nur aus jugendlichen Teilnehmern gebildet wurde. Ging es 2009 vor allem um lokale Themen, sollte mit der Citizens' Jury 2010 getestet werden, wie gut überregionale Themen von einer Zufallsauswahl Jugendlicher bearbeitet werden können. Näheres dazu wird im Evaluationsbericht veröffentlicht werden.

Die hier in Form eines Bürgergutachtens¹ präsentierten Ergebnisse der Citizens' Jury haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst zusammengefasst. Bevor wir die Ergebnisse präsentieren, zunächst einige Erläuterungen zum Verfahren "Citizens' Jury" und zum Ablauf.

Zum Verfahren

Bei dem Verfahren Citizens' Jury handelt es sich um ein erprobtes und in hohem Maße standardisiertes Verfahren der Bürgerbeteiligung. Dem Verfahren liegt die Idee zugrunde, dass Bürgerinnen und Bürger bei Sachentscheidungen politisch stärker mit einbezogen werden sollten. Es ermöglicht ihnen, Verantwortung zu übernehmen und ihrer Rolle als Souverän innerhalb der Demokratie gerecht zu werden. Das Verfahren wurde unter dem Namen "Planungszelle" in den 1970er Jahren von Prof. Peter C. Dienel an der Universität Wuppertal entwickelt und wird seitdem im In- und Ausland eingesetzt.

Eine Citizens' Jury ist eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die Lösungen für vorgegebene Aufgabenstellungen erarbeitet. Die Gruppe wird dabei durch eine Moderation begleitet. Die Empfehlungen der Gruppen werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst.

Folgende Merkmale charakterisieren das Verfahren Citizens' Jury:



1. Neutrale Organisation: Das Verfahren wird durch einen neutralen Durchführungsträger vorbereitet und durchgeführt. Der Prozess wird in der Regel durch einen Moderator und eine Moderatorin begleitet.
2. Festgelegtes Arbeitsprogramm: Der Auftraggeber - in diesem Fall die Landesjugendvertretung Westfalen e.V. - gibt das Thema oder die Fragestellung vor, aus der mit dem neutralen Durchführungsträger ein Arbeitsprogramm entwickelt wird.
3. Zufallsauswahl: Die Auswahl der rund 25 Bürgerinnen und Bürger - hier also: Jugendlichen - erfolgt per Zufall durch eine Stichprobenziehung aus dem Einwohnermeldeamt. Sie werden im Rahmen der Citizens' Jury Jurorinnen und Juroren genannt.
4. Mehrtätige Dauer: Die Jurorinnen und Juroren arbeiten vier Tage an einer konkreten Problemstellung.
5. Experteninformation: Expertinnen und Experten oder Vertreterinnen und Vertreter von Interessengruppen vermitteln den Jurorinnen und Juroren Informationen zum jeweiligen Themenbereich. Es können auch Medien (Filme, Zeitungsberichte, Expertisen etc.) zu Hilfe genommen werden.
6. Beratung in Kleingruppen mit wechselnder Zusammensetzung: Die Diskussionen und Beratungen finden in Kleingruppen zu je fünf Personen statt, deren Zusammensetzung für jeden Beratungsabschnitt wechselt.
7. Optional gibt es ein Politiker-Hearing, bei dem die Jurorinnen und Juroren ihre Fachfragen an verantwortliche Politikerinnen und Politiker richten können.
8. Dokumentation der Ergebnisse in einem Gutachten: Die Empfehlungen der Jurorinnen und Juroren werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst, dem Auftraggeber übergeben und veröffentlicht.

Eine Citizens' Jury umfasst i.d.R. 25 Personen, die bei den Beratungen in fünf Kleingruppen parallel arbeiten. Die Kleingruppen werden ebenfalls mit Hilfe eines Losverfahrens von Arbeitseinheit zu Arbeitseinheit neu zusammengesetzt. Dieses Vorgehen hat folgende Vorteile: Es garantiert eine möglichst faire Gesprächssituation, in dem es die Auswirkungen der Gruppendynamik, z.B. die Meinungsführerschaft einzelner Personen, minimiert. Und es stellt sicher, dass die Jurorinnen und Juroren sukzessive die Ansichten der anderen Personen in der Citizen' Jury kennen lernen.

Die Sicherung einer hinreichenden Informiertheit ist eine Grundvoraussetzung jeder Beteiligung an einem Beratungs- und Bewertungsprozess. Zu Beginn jeder einzelnen Arbeitseinheit erhalten die Jurorinnen und Juroren deshalb von Experten oder Interessenvertretern in Kurzreferaten eine Einführung in das vorliegende Thema. Diese Informationen bilden die Diskussionsgrundlage für die Arbeit in den Kleingruppen.



Die Beratung und Diskussion und damit die Erarbeitung der Empfehlungen und Vorschläge findet ausschließlich in den Kleingruppen statt. Dort diskutieren die Jurorinnen und Juroren Detailprobleme, bilden sich ihre Meinung und verabschieden gemeinsam Empfehlungen. Der Meinungsbildungsprozess findet also vorrangig in den Kleingruppen und nicht im Plenum statt. Die Kleingruppendiskussionen werden nicht durch Moderatoren begleitet, da dies die Beratungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beeinflussen könnte. Die Arbeitssituation in den Kleingruppen räumt den einzelnen Jurorinnen und Juroren viele Ausdrucks-, Identifikations- und Abwägungschancen ein.

Das Verfahren arbeitet zwingend ergebnisoffen. Die per Zufall ausgewählten Jurorinnen und Juroren entscheiden und beraten stellvertretend für alle Bürgerinnen und Bürger bzw. in unserem Fall stellvertretend für alle Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren. Die Zufallsauswahl und die mehrtägige intensive Arbeit bilden die Grundlage für die Akzeptanz der Ergebnisse der Citizens' Jury in der Bevölkerung. Der Ablauf einer Citizens' Jury ist in der Regel standardisiert. Jeder Tag ist in drei bis vier Arbeitseinheiten zu je 90 Minuten aufgeteilt. Zwischen den Arbeitseinheiten gibt es jeweils eine 30-minütige Kaffeepause. Nach der zweiten Arbeitseinheit gibt es eine 60-minütige Mittagspause.

Typischerweise besteht die Arbeitseinheit einer Citizens' Jury aus drei Teilen:

1. Einführung in das Thema durch Expertenvortrag
2. Diskussion in Kleingruppen
3. Präsentation der Ergebnisse der Gruppenarbeiten und Punktierung im Plenum

Zum Ablauf: Das Programm des Landesjugendforums als Citizens' Jury

Montag, 27. Dezember

- 11:00 Ankommen, "Check in", Begrüßung zum Verfahren
- 11:45 Arbeitseinheit 1 (AE 1): Einstimmung in politische Themen
- 13:30 Mittagessen
- 14:30 AE 2 Fragen an die Politik
- 15:00 Referentin Dagmar Hanses, MdL, GRÜNE
Vortrag und Gespräch
- 16:30 AE 3 Beratung ausgewählter Themen; Erste Empfehlungen

Dienstag, 28. Dezember

Thema Kinder- und Jugendparlamente / Mitbestimmung

- 11:00 Vertreter von Kinder- und Jugendparlamenten stellen ihre Arbeit vor
- 12:00 Gesprächsgruppen, Sammlung von Themen / Problemfeldern
- 13:00 Mittagspause
- 14:00 Referentin Carina Gödecke, MdL, SPD, Vizepräsidentin des Landtags)



- Thema Jugendpartizipation
offene Gesprächsrunde
Fragen zur Jugendpolitik, zu Kinder- und Jugendparlamenten, und
zu anderen Formen der Mitwirkungsmöglichkeit
15:30 Gesprächsgruppen Jury + Referenten aus KiJuPas
17:00 AE 4 Beratung der Jury
Ende 18:00 Uhr

Mittwoch, 29. Dezember

Thema: Tierhaltung, Ernährung, Tierschutz, Ethik

- 11:00 Einführung ins Thema
11:30 AE 5 Ethik: Zur Bedeutung von Ethikstandards / Verantwortung des
Menschen für Nutztiere
12:30 Plenum: Ergebnisse, Diskussionen
13:00 Filmvortrag zum Thema
13:30 Mittagessen
14:30 AE 6 Tierschutz in der Landwirtschaft
Beschäftigung mit Richtlinien, Ökolandbau, Naturland
15:45 Pause
16:15 Vorbereitung Exkursion Bauernhof

Donnerstag, 30. Dezember

Thema: Tierschutz in der Landwirtschaft / Schlussberatungen der anderen Themen

- 8:00 Ausflug Neuland-Bauernhof Fröndenberg, Familie Ecke
12:30 Mittagessen in Fröndenberg
15 :00 Rückkehr ins Erich-Brühmann-Haus
15:15 AE 7 Jury-Beratung zum Thema Wahlalter
16:00 Plenum, Abstimmung zum Thema Wahlalter (Jury-Empfehlung)
16:30 AE 8 Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung - finale Beratung
17:30 Plenum, Abstimmung zum Thema Tierschutz in der Landwirtschaft
18:00 Feedback, Evaluations-Fragebogen
18:30 Pressekonferenz
19:15 Schreiben des Gutachtens in Themengruppen
Kontrolle des Gutachtens durch alle Juroren

Ergebnisse

Die Ergebnisse der Beratungen werden nicht chronologisch, sondern in Themenblöcken präsentiert. Dabei ist zwischen Themen- bzw. Stichwortsammlungen und Empfehlungen zu unterscheiden. Als Empfehlung wurde nach den Verfahrensregeln nur aufgenommen, was innerhalb der Jury Konsens war. Die entsprechenden Entscheidungen fielen am letzten Tag.



1. Wichtige Politikthemen

Die Citizens' Jury beschäftigt sich anhand des Koalitionsvertrags der NRW-Landesregierung mit der Frage, welche Themen für die eigene Beratung in der Jury besonders wichtig sind. Dies waren (in Absteigender Reihenfolge nach Zustimmung):

- Erhalt der Kita-Plätze bzw. deren Ausbau
- Abschaffung des Betreuungsgelds ("Herdprämie", die bis 2013 eingeführt werden soll)
- Abschaffung von Käfighaltung für Nutztiere
- Einführung einer Tierhaltungslizenz
- G8 abschaffen (verkürzte Gymnasialzeit von 8 statt 9 Jahren bis zum Abitur)
- Polizeigewalt
- Datenschutz für Arbeitnehmer
- Datenschutz in sozialen Netzwerken
- Tierversuche
- Politikverdrossenheit bekämpfen

Diese Themensammlung stellt noch keine Empfehlung der Jury dar sondern benennt nur die diskussionswürdigen Positionen. Im Rahmen der vorhandenen Zeit (4 Tage) und angesichts der vom Auftraggeber fest benannten Themen konnte davon nur ein Teil in der nötigen Tiefe bearbeitet werden. Entsprechende Ergebnisse sind nachfolgend aufgenommen worden (z.T. in ohnehin geplanten Arbeitseinheiten).

Senkung des Wahlalters bei Landtagswahlen

Der NRW-Koalitionsvertrag sieht bereits die Senkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre vor. Bei Kommunalwahlen gilt in NRW bereits ein Wahlrecht ab 16 (passives Wahlrecht = Wählbarkeit jedoch erst ab 18 Jahren). Der Landesjugendring NRW hat mit Beschluss der Vollversammlung vom 24. Mai 2007 eine Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre gefordert.

Das Thema wurde intensiv besprochen, auch mit den Landtagsabgeordneten Gödecke und Hanses.

Als zentrale Argumente für und gegen die Senkung des Wahlalters benennt die Jury:

Pro

- es würden mehr Leute wählen
- Interesse an Politik steigt
- breitere Schicht wird erfasst
- Wählen ist Bürgerrecht
- Bestimmte Themen sind essentiell wichtig für Kinder und Jugendliche
- Politische Themen werden in Familien diskutiert
- Politiker müssen Jugendliche (als Wähler) ernst nehmen.
- Anteil von Jugendlichen wollen kommunal und auch landesweit Politiker wählen, die ihre Meinung vertreten - mit denen sie sich identifizieren können
- breitere Schicht aus der Gesellschaft wird mit in die Politik einbezogen (im Bezug auf Wahlen - breiteres Spektrum durch Ergänzung von zusätzlichen Jugendlichen)



- Interesse der Jugendlichen wird durch die direkte Auseinandersetzung mit der Politik gestärkt

Contra

- Soll nur der Verbesserung der Wählerzahlen dienen
- Ist Vereinnahmung durch die Politik
- manche sind noch nicht "reif"
- es braucht Vorkenntnisse für politische Entscheidungen
- große Beeinflussbarkeit
- man müsste mit 16 schon gewisse Vorkenntnisse haben bezüglich Politik (bei 14 - Jährigen nicht ausreichend vorhanden)
- man ist im Grunde genommen als 14 - Jähriger leichter zu beeinflussen durch Freunde, Familie, Bekanntschaft (durch besondere Bindung / Freundschaften etc.)

Weitere Punkte aus der Diskussion:

- Jüngere interessieren sich am meisten für ihren Nahraum. Daher dürften sie für Kommunalwahlen am ehesten ansprechbar sein.
- Man könnte Testläufe machen, um zu sehen, wie sehr sich Jugendliche überhaupt für Wahlen interessieren.
- Es gibt bereits "Pseudo-Wahlen" für Kinder und Jugendliche als sogenannte "U18-Wahlen" (siehe www.u18.org)

Empfehlung:

Die Citizens Jury beschließt einstimmig zu empfehlen, das Wahlalter für Bundes- und Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre zu senken.

Der Vorschlag, das Alter für die aktive Teilnahme an den Kommunalwahlen auf 14 Jahre zu senken - zwingend begleitet von einer stärkeren Behandlung politischer Themen in den Schulen - war nicht konsensfähig .

Politikverdrossenheit

Die meisten Juroren sind der Ansicht, dass viele Jugendliche derzeit nichts von der Politik erwarten. Sie fragen daher die Politik, was sie gegen Politik- oder Politikerverdrossenheit zu tun gedenkt. Dieser Aspekt wurde auch intensiv mit den beiden Landtagsabgeordneten diskutiert, die als Referentinnen am Montag bzw. Dienstag anwesend waren.

Die Politik sieht bei den Bürgern auch eine gewisse "Holschuld" - sich über politische Themen zu informieren, Zeitung zu lesen, Nachrichten zu sehen - und so selbst etwas gegen Politikverdrossenheit zu tun. Dem stimmt die Citizens' Jury zwar zu, sieht darin aber keine Begründung für Politik(er)verdrossenheit.

Die Jury sammelte eine ganze Reihe von Vorschlägen - insbesondere aus dem Bereich der Werbung (Web 2.0, Fernsehwerbung, Wahlkampagnen die ankommen etc.), kommt dann aber überein, dass am wichtigsten zwei Punkte sind, um Jugendliche für Politik zu interessieren:



1. glaubwürdige Politik ("Politiker sollten einfach mal tun, was sie sagen, und sagen, was sie denken")
2. Jugendliche ernst nehmen (das bedeutet auch: sie einbeziehen, mitentscheiden und selbst bestimmen zu lassen)

Es fehlt an "großen Würfeln" der Politik, an glaubwürdigen Identifikationsfiguren, an Politikern, die sich klar und deutlich für jene Sachen einsetzen, die auch die Mehrheit der Bevölkerung will und die dann auch so umgesetzt wird. Es gibt die "Politik der kleinen Schritte", die mal vor, mal zurück gehen, es ist ein Taktieren (Beispiel: NRW-Abstimmung zum Jugendmedienschutzstaatsvertrag JMStV) und eine Abfolge von Kompromissen, die niemanden glücklich machen. Ob beim Klimaschutz, in der Atompolitik oder im Tierschutz: es bewegt sich viel zu wenig, als dass Jugendliche en gros von der Politik die Lösung von Problemen erwarten.

Empfehlung:

Gegen Politikverdrossenheit bei Jugendlichen können Politiker am ehesten etwas tun, wenn sie Jugendliche ernst nehmen. Dazu gehört, mit ihnen zu sprechen (z.B. im Politikunterricht an den Schulen, im Jugendzentrum etc.), sie anzuhören, sie Dinge selbst regeln zu lassen und sich für ihre Anliegen aktiv im Politikbetrieb einzusetzen.

Partizipation

Die Citizens' Jury hat sich mit verschiedenen Modellen der politischen Jugendpartizipation beschäftigt. Den Schwerpunkt bildete das Verfahren "Kinder- und Jugendparlamente" (KiJuPa). Dies sind Gremien auf kommunaler Ebene, deren jugendliche Mitglieder z.B. in den ansässigen Schulen oder Dörfern/ Ortsteilen gewählt werden. Überwiegend beschäftigen sich Kinder- und Jugendparlamente mit konkreten Fragen der Jugendarbeit und der lokalen Freizeitgestaltung von bzw. für Jugendliche (spielplätze, Jugendfreizeithäuser, Ferienpass etc.). Dass Kinder- und Jugendparlamente als Forum genutzt werden, in dem die junge Generation zu allen möglichen politischen Themen Stellung nehmen kann (etwa: Ausbildung, Straßenverkehr, Umweltschutz, Rente) ist selten. Zur Arbeit der KiJuPa siehe den nächsten Punkt.

Mehrfach ging es auch um den sog. "Jugendlandtag NRW". Dabei bilden von den regulären Landtagsabgeordneten ausgewählte Jugendliche für rund drei Tage das Parlament, tagen auch in diesem und arbeiten nach den dort gültigen Regeln (Fraktionsbildung, Eröffnung von Plenardebattenbeiträgen mit "Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen" etc.). Der Jugendlandtag wurde insgesamt kritisch gesehen - es gab Fragen zur Auswahl der Jugendlichen (nicht repräsentativ), zur Arbeitsweise, zur Wirkung (PR-Aktion oder Heranführung Jugendlicher an die professionelle Politik) und anderes mehr. Allerdings war hierzu keine gutachterliche Stellungnahme vorgesehen (dazu hätte es auch weiterer Referenten, u.a. Teilnehmer des letzten Jugendlandtags, bedurft).

Aus verschiedenen Beratungsergebnissen der Jury wurde jedoch deutlich, dass Jugendliche sehr wohl Interesse haben, an der Politik mitzuwirken. Da sie allerdings auch nur eine Lobby-Gruppe sind und auch andere Gruppen zurecht ein



Mitspracherecht fordern, bleibt das Votum der Citizens' Jury in diesem Punkt vage - es besteht aber eindeutig weiterer Beratungsbedarf (--> Thema für eine eigene Jury; dann wären auch Schülervvertretungen, Jugendringe etc. einzubeziehen; differenziert werden müsste dann auch zwischen Bereichen, die Jugendliche selbstständig regeln können und wollen und Bereichen, in denen sie - nur - eine Möglichkeit wünschen, ihre Ideen einzubringen).

Empfehlung

Es müssen Jugendliche in der Politik mitwirken. Wie dies geschehen kann, ist - innerhalb der Jury - noch offen, weil keine konkreten Vorschläge zur Beratung anlagen.

Kinder- und Jugendparlamente und Partizipation

Der Schwerpunkt der Beratungen der Citizens` Jury beim Thema Mitbestimmung war die Arbeit der Kinder- und Jugendparlamente sowie ähnlicher Organisationsformen. Unterschiedliche Referenten stellten in diesem Zusammenhang die Arbeit von Kinder- und Jugendparlamenten sowie andere Formen der Jugendpartizipation vor. Zudem fungierte die aktuelle Vize-Präsidentin des NRW-Landtages Carina Gödecke für die Jury als kompetente Ansprechpartnerin zu Fragen, die die Mitbestimmung durch Jugendliche in NRW betreffen.

Die Citizens´Jury hörte aus dem Kreis der Jugendreferenten zuerst Christina Borggräfe, Jugendratsmitglied aus Hagen . Sie erklärte in einem etwa 15-minütigen Vortrag Struktur und Aufgaben des Hagener Jugendrates und zeigte an Beispielen aus der Praxis auf, in welcher Form dort Möglichkeiten zur Mitbestimmung durch Jugendliche bestehen. Erwähnt wurde z. B. das Rederecht im Jugendhilfeausschuss der Stadt Hagen sowie das Stimmrecht im Jugendforum Bahn. Christina Borggräfe berichtete außerdem von aktuellen Projekten wie der Schaffung von legalen Orten zum Graffiti-Sprayen oder Spielplatzpatenschaften, die durch Mitglieder des Hagener Jugendrates initiiert bzw. realisiert wurden. Thematisiert wurde auch die enge Finanzlage der Kommune, die insbesondere die Betreuung des Jugendrates durch hauptamtliche Mitarbeiter zunehmend erschwert. Auch der administrative Aufwand wurde angesprochen: Die Referentin ging hier vor allem auf die Verwaltung des Jugendratsbudgets ein, die komplett in der Hand der Jugendlichen liegt. Im Anschluss zu dem Vortrag erhielten die Juroren die Gelegenheit, Fragen zu den einzelnen Themenpunkten zu stellen. Das Interesse der Jury richtete sich auf folgende Punkte:

- Wie bewertet die Referentin die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten des Jugendrats Hagen auf die reale Politik?
- In welcher Form profitieren Jugendratsmitglieder von ihrem Engagement?
- Welcher zeitliche Aufwand hängt mit dem Engagement zusammen?

Nicole und Stefanie Apitz vom Kinder- und Jugendparlament Iserlohn informierten die Jury, wie sie ohne größere kommunale Unterstützung gemeinsam mit anderen Jugendlichen ein Jugendparlament gründen konnten und welche Themen dort vorrangig eine Rolle spielen. Am Beispiel der Organisation einer Jugenddisco in



einer Iserlohner Szene-Location wurde beschrieben, wie Vorschläge eines Jugendparlaments auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können. Weitere Aspekte des Referats waren das Verhältnis der Jugendparlamentarier zu den etablierten Parteien, dem Einfluss dieser Parteien auf das Jugendparlament durch Spenden und Finanzierungen und welche Bedeutung das Alter von Jugendparlamentariern für die Ausübung einer repräsentativen Funktion hat. Zentrale Frage der Jury zum Vortrag war:

- Vermissen die Jugendparlamentarierinnen eine direkte Einflussmöglichkeit auf die Politik durch eigene Gesetzgebungskompetenzen?

Verena Walther und Lorenz Just vom Jugendparlament Wiesbaden berichteten der Jury von den typischen Schwierigkeiten der Selbstorganisation eines Jugendparlaments und wie bei den politischen Parteien das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit eines Jugendparlaments gestärkt werden kann. Große inhaltliche Bedeutung hatte im Referat die Betreuung des Jugendparlaments durch verwaltungsgeschultes Personal auf Amtsebene. Zur Sprache kam auch die Problematik, bislang politisch unerfahrende Jungparlamentarier in die parlamentarische Entscheidungsfindung einzubeziehen, weil hierfür oft das notwendige Wissen oder auch Selbstvertrauen der Jugendlichen fehlt. Das Jugendparlament Wiesbaden besteht erst seit dem letzten Jahr (2009).

Nach den Referaten wurden aus den Juroren drei Beratungsgruppen gebildet, die sich vor allem mit den Problemen, die Kinder- und Jugendparlamente haben bzw. die mit dieser Partizipationsform verbunden sind, befassten. Außerdem wurden zahlreiche weitere Fragen diskutiert, darunter:

- Braucht es eine Institutionalisierung von Gremien wie Kinder- und Jugendparlamenten oder Kinder- und Jugendräten?
- Inwiefern sind Jugendparlamente nur Durchlauferhitzer für die Parteienpolitik (Stichwort "politischer Nachwuchs")?
- Was ist überhaupt die Aufgabe eines Kinder- und Jugendparlaments?
- Wieso sind in der Namensgebung eigentlich Kinder berücksichtigt, es sitzen doch gar keine Kinder in den Gremien ?
- Was haben die Mitglieder der Kinder- und Jugendparlamente von Ihrer Arbeit? Warum tut man das?
- Woran bemessen unsere Referenten bspw. den Erfolg ihrer Arbeit?
- Sollte der Fokus der Kinder- und Jugendparlamente nur auf den eigenen Bereichen, also Kinder- und Jugendthemen liegen, oder sollten sie die Möglichkeiten haben, auch zu anderen Themen Stellung beziehen zu können?
- Jugendparlamente dürfen nichts selber entscheiden. Warum heißt es also Parlament? Braucht ein Parlament nicht klare Entscheidungskompetenzen?
- Müsste es nicht eine stärkere Unabhängigkeit der Jugendparlamente geben? Derzeit sind die Verantwortlichen in vielen Fällen nur über Mittelsmänner der Städte oder Kommunen erreichbar. In gewissem Maße findet also eine Bevormundung statt...
- Warum sollte die Politik ein ernsthaftes Interesse daran haben, Jugendparlamente einzuführen? Dies bedeutet im Zweifelsfall doch nur ein weiteres Gremium, mit dem man sich abstimmen muss...



- Sind die derzeitig bestehenden Möglichkeiten der Partizipation wie Jugendparlamente oder bspw. der Jugendrat NRW überhaupt bekannt?
- Wie ist ihr Ruf, was hält die Jury davon?
- Wie arbeiten die unterschiedlichen Gremien eigentlich zusammen bzw. tun die das überhaupt?

Im Plenum wurden nach den Beratungen drei Punkte als die größten Probleme von Kinder- und Jugendparlamenten festgestellt (absteigende Priorität):

- fehlenden Mitbestimmung
- Politikverdrossenheit und mangelnde Motivation von Jugendlichen
- zu wenig finanzielle Förderung

Anschließend befassten sich die Juroren u.a. anhand von Filmberichten und Plenarprotokollen mit dem letzten NRW-Jugendlandtag, bei dem für 2,5 Tage die regulären Abgeordneten durch je einen von ihnen ausgewählten Jugendlichen vertreten werden.

In einer etwa einstündigen Fragerunde stand die Vize-Präsidentin des NRW-Landtags, Carina Gödecke, der Jury für Fragen zum Thema Jugendpartizipation zur Verfügung. Sie erläuterte aus ihrer Sicht den Sinn und Zweck des Jugendlandtags, erklärte ihre Position zu Kürzungen von Mitteln in Jugendeinrichtungen und zu den Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zwischen hauptamtlicher und ehrenamtlicher Arbeit. Auf die Fragerunde mit Frau Gödecke folgte für die Jury ein weiterer Arbeitsauftrag zur Bearbeitung in drei Kleingruppen.

Empfehlung

Kinder- und Jugendparlamente sind eine wichtige Einrichtung der Mit- und Selbstbestimmung. Eine vom Land vorgegebene Verpflichtung zur Einrichtung in allen Kommunen erscheint allerdings schwierig, da die Verhältnisse in den Kommunen sehr unterschiedlich sind, es auch andere Partizipationsformen und -strukturen gibt. So sollte die Mitbestimmungsform per Citizens' Jury weiter auf lokaler und regionaler Ebene ausprobiert werden.

In jedem Fall muss es aber die Möglichkeit geben, dass sich Jugendliche mit ihren Ideen direkt an die Politik wenden - und dass sie eigene Bereiche selbstständig regeln dürfen (z.B. Verwaltung von Spiel- und Bolzplätzen, Verantwortung für Ferienspiele).

Kinder- und Jugendparlamente bzw. andere örtliche Einrichtungen der Jugendpartizipation sollten Rederecht in den kommunalpolitischen Gremien haben (Stadtrat, Jugendhilfe-, Schul- und andere relevante Ausschüsse).

Stimme der Jugend auf Landesebene

Die FDP hat im Landtag einen Antrag eingebracht, nach dem der Kinder- und Jugendrat NRW (Zusammenschluss der kommunalen Kinder- und Jugendparlamente) künftig Ansprechpartner des Landtags für Jugendfragen sein soll (Drucksache 15/18 vom 6. Juli 2010).



Daneben gibt es den Vorschlag, einen eigenen Beirat für den Landtag zu bilden. Dieser könnte aus Vertretern aller Verbände bestehen, aus gewählten oder gelosten Jugendlichen oder aus vom Landtag Berufenen.

Für ihre Beratungen hat die Citizens' Jury auch die Meinungen von Kinder- und Jugendparlamentariern eingeholt.

Empfehlung:

Die Citizens' Jury votiert für eine Vernetzung der bestehenden Jugend- und Jugendlobby-Gremien auf Landesebene. Dieses Netzwerk (aus Kinder- und Jugendrat NRW, Landesjugendring, Landesschülerrat und anderen), das man auch "Beirat" nennen könnte, sollte eine direkte Möglichkeit haben, im Landtag und in den relevanten Ausschüssen zu sprechen (Gast- oder Beraterstatus).

Wichtig ist der Jury, keinen weiteren Gremienaufwand zu betreiben, sondern die vorhandenen Kräfte zu bündeln, den Dialog unter den verschiedenen Akteursgruppen zu fördern und der Jugend eine echte Stimme zu geben (vor allem durch Öffentlichkeit).

Dazu müsste dieses Netzwerk auch personell und finanziell unterstützt werden, ohne die Unabhängigkeit der Jugendlichen dabei zu gefährden.

Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung

Nutztierhaltung, Schlachtung und Verarbeitung sind ein großer Wirtschaftsfaktor - und alle, die nicht vegan leben, haben täglich in irgendeiner Weise damit zu tun. Jährlich werden in Deutschland etwa 50 Millionen Schweine und 4 Millionen Rinder geschlachtet. Das Statistische Bundesamt schreibt: "In Deutschland wurden im Jahr 2008 insgesamt 7,5 Millionen Tonnen Fleisch aus gewerblichen Schlachtungen erzeugt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, war dies erneut ein Spitzenwert, der gut 0,2 Millionen Tonnen (3,3%) über dem im Vorjahr erreichten bisherigen Rekordniveau lag. Die Schweinefleischerzeugung stellte dabei mit 5,1 Millionen Tonnen den Hauptanteil (67,7%) an der gesamten Fleischproduktion. Die Produktion von Geflügelfleisch fiel im Jahr 2008 mit 1,21 Millionen Tonnen (Anteil von 16,1%) erstmals höher aus als die Erzeugung von Rind- und Kalbfleisch mit 1,19 Millionen Tonnen (Anteil 15,9%). Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 54,6 Millionen Schweine, 3,5 Millionen Rinder (ohne Kälber), 310 000 Kälber, 1,1 Millionen Schafe sowie 29 000 Ziegen und Pferde gewerblich geschlachtet." Der landwirtschaftliche Verkaufserlös aus tierischen Erzeugnissen betrug im Jahr 2009 etwa 22,1 Milliarden Euro.

Die Citizens' Jury beschäftigte sich mit der Praxis der Nutztierhaltung, mit Standards und Missständen. Im Zuge der Fachinformation sah sich die Jury Fernsehdokumentationen an, studierte Gesetzestexte und besuchte einen Naturland-Bauernhof.

Letztendlich diskutierte die Jury, ob die gesetzlichen Standards verändert werden müssen.



Empfehlung:

Die Einhaltung der bisher geltenden Mindeststandards für Tierschutz müssen offenbar deutlich intensiver kontrolliert werden. Selbst wenn die in den Medien berichteten Missstände nur Einzelfälle sein sollten, darf es sie nicht geben.

In einigen Punkten sind die Anforderungen im Sinne des Tierschutzes zu verbessern. Die betäubungslose Kastration oder Amputation von Nutztieren muss - wie es bei Heimtieren längst Gesetz ist - ausnahmslos verboten werden.

Auch die Käfighaltung von Nutztieren (sog. "Kleingruppenhaltung" bei Hühnern, Käfighaltung von Mastkaninchen, Fixierung von Sauen etc. muss verboten werden, weil sie offensichtlich die artgemäßen Bedürfnisse der Tiere in nicht hinnehmbarem Ausmaß einschränkt.

In einem ersten Schritt zur Verbesserung der Lebensqualität von Nutztieren sollten staatliche Stellen bzw. Einrichtungen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen - wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Universitäten etc. -, nur noch tierische Produkte aus strenger Bio-/Öko-Erzeugung verwenden dürfen (dies bedeutet: artgerechtes Futter, Auslauf, Tageslicht, kurze Transportwege zur Schlachtung, sorgsamer Umgang mit den Tieren).

Tierhaltungen müssen nicht nur von Veterinären, sondern auch von Stellvertretern der Öffentlichkeit (etwa in Form einer Citizens' Jury) stichprobenartig überprüft werden, um die Diskussion über die Mindestanforderungen des Tierschutzes wach zu halten.

Die Jury sieht Nutztiere nicht als Produktions- oder Konsumgüter, sondern als empfindsame Lebewesen, für die der Mensch Verantwortung trägt.

Der weiterreichende Vorschlag, strengere Standards für die gesamte Landwirtschaft in Deutschland vorzuschreiben, fand angesichts des globalisierten Marktes keine Mehrheit in der Jury.

¹ "Bürgergutachten" ist der feststehende Begriff für die kommentierten bzw. erläuterten Empfehlungen aus den Beratungen einer Citizens' Jury bzw. "Planungszelle". Näheres siehe im Abschnitt "Zum Verfahren".